

4853/J XX.GP

der Abgeordneten Dr. Heindl  
und Genossen

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten  
betreffend Klagen österreichischer Firmen über das Vorgehen polnischer Steuerbehörden  
Polen hat sich als zukünftiges EU - Mitglied im Rahmen der Beitrittspartnerschaft sowohl kurz als auch mittelfristig zu einer Stärkung der Kapazitäten der Finanzkontrolle sowie zu einer Reform der Finanzverwaltung verpflichtet. Es häufen sich jedoch Klagen österreichischer Firmen, wie etwa jene der Fa. TLH - Polska über das als teilweise willkürlich und besonders hart empfundene Vorgehen polnischer Steuerbehörden. Der Verdacht, daß sich Prüf(mehr)ergebnisse einzelner Steuerprüfer positiv auf deren Gehalt auswirken, wurden vom österreichischen Handelsdelegierten in Warschau indirekt bestätigt. Auf eine konkrete Anfrage teilte dieser zwar mit, daß offiziell keine Zusammenhänge zwischen einzelnen Prüf(mehr)ergebnisse und der Entlohnungshöhe der Steuerprüfer bestünden. Gleichwohl stehe es im Ermessen des Amtsleiters, Prämien an verdiente Mitarbeiter zu vergeben. Laut inoffizieller Auskunft soll es dabei zu Fällen von Provisionen für einzelne Prüf(mehr)ergebnisse gekommen sein. Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

Anfrage:

1. Ist Ihnen der konkrete Fall der Fa. TLH - Polska bzw. sind Ihnen ähnliche Fälle in Polen bekannt?
2. Was gedenken Sie dagegen zu unternehmen?
3. Welche Möglichkeiten gibt es, Polen zur Umsetzung der Ziele der Beitrittspartnerschaft zu verpflichten?